



IW-Trends 3/2021

Demokratische Resilienz in Deutschland?

Matthias Diermeier / Judith Niehues

Vorabversion aus: IW-Trends, 48. Jg. Nr. 3
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2021 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Demokratische Resilienz in Deutschland? Parlamentarische Verfahrensakzeptanz im Licht individueller Problemwahrnehmung

Matthias Diermeier / Judith Niehues, September 2021

Zusammenfassung

Eine lebendige Demokratie lebt vom Ringen unterschiedlicher Anspruchsgruppen um die themenspezifische Meinungshoheit. Der institutionalisierte Prozess des Interessenausgleichs und des Anhörens gegenteiliger Standpunkte braucht jedoch Zeit. Die Akzeptanz ebendieser parlamentarischen Verfahren ist eine wesentliche Voraussetzung unserer pluralistischen Demokratie. Mittels einer deutschlandweiten Befragung wird untersucht, inwiefern es in den Themenbereichen Corona-Pandemie, Zuwanderung, Klimaschutz und soziale Ungleichheit Tendenzen in der Bevölkerung gibt, das Übergehen des üblichen parlamentarischen Prozesses in Kauf zu nehmen, um den empfundenen subjektiven Handlungsbedarf zu befriedigen. Insgesamt wünscht sich über die Hälfte der Bevölkerung in mindestens einem der vier abgefragten Themenbereiche weitreichende Maßnahmen, auch wenn dabei die gewohnten parlamentarischen Verfahren übergangen werden. Unter den Anhängern aller Parteien gibt es großes Verständnis, zur Bekämpfung der Corona-Pandemie den üblichen parlamentarischen Prozess zu übergehen. Innerhalb der AfD-Anhängerschaft bekunden 78 Prozent eine Verfahrensungeduld im Kontext der Zuwanderung. Unter den Anhängern der Grünen würden 65 Prozent ein Übergehen des üblichen Prozesses in Kauf nehmen, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Der lang etablierte Diskurs über soziale Ungleichheit bringt hingegen eine gewisse Resilienz mit sich: Während drei Viertel der Bevölkerung hier Handlungsbedarfe sehen, spricht sich doch weniger als die Hälfte dieser Gruppe dafür aus, für Maßnahmen auch den parlamentarischen Prozess zu übergehen. Während eine sehr pessimistische Wahrnehmung sozioökonomischer Lagen die Wahrscheinlichkeit zur Demokratiemüdigkeit erhöht, können die Ablehnung autoritärer Einstellungen und ein besseres Bildungsniveau schützend wirken.

Stichwörter: prozessuale Demokratiebewertung, Pluralismus, Perzeption

JEL-Klassifikation: D72, D74, D83

DOI: 10.2373/1864-810X.21-03-05

Antipluralistische Einstellungsmuster als Demokratiebedrohung

Pluralistische demokratische Strukturen basieren zu einem gewissen Grad auf gesellschaftlicher Polarisierung. In einer lebendigen Demokratie ist es weder erwartbar noch wünschenswert, dass sich alle Menschen unter eine gemeinsame Mainstream-Meinung unterordnen („authoritarian submission“; Mudde, 2007, 22). Demokratieimmanent ringen Teilnehmer des öffentlichen Diskurses mit unterschiedlichen Werturteilen, Ideologien und Perspektiven um die Meinungshoheit. Folglich besteht eine Zukunftsoffenheit von Konfliktlagen im demokratischen System (Müller, 2021a): So bleibt den Unterlegenen selbst bei einer Wahlniederlage die Hoffnung, bei der kommenden Auseinandersetzung wieder Gehör zu finden und die eigene Position zu bewerben. Die Ungewissheit über den zukünftigen Ausgang von politischen Entscheidungen wird damit zum unverzichtbaren Charakteristikum der Demokratie. Für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sind Konflikte bedeutsam, da sie gesellschaftspolitische Spannungen institutionell in Kompromissen aufzulösen versuchen (Dahrendorf, 1965). Ohne Differenzen und Konflikte gäbe es demnach kaum eine Begründung, in komplexen und langwierigen Verfahren um politische Mehrheiten zu werben.

Selbstverständlich kann sich Polarisierung ebenso ins Demokratieschädliche wenden („pernicious polarisation“). Politische Differenzen führen dann zu Misstrauen und Verhärtungen, die sich unter den Anhängern der jeweiligen Seite verbreiten (Pausch, 2020, 9). Folglich entstehen große gesellschaftliche Lager, die sich durch starke Ingroup-Identifikation und Outgroup-Ablehnung voneinander abspalten. In letzter Konsequenz verstummt der demokratische Dialog und Kompromisse weichen verfestigten Konfliktlagen, wenn sich die Feindbilder in einer Polarisierungsspirale immer weiter zuspitzen. Mit anderen Worten „besteht eine Gefahr für die liberale Demokratie vor allem in einem verkürzten Demokratieverständnis, das insofern antipluralistisch konnotiert ist, als es sich auf den Bedeutungskern der Herrschaft des Volkes zurückzieht und im selben Zug keinen Widerspruch zur eigenen Position duldet“ (König, 2017, 4).

Dabei ist gerade der Postfundamentalismus (Marchart, 2013), die Abkehr vom universellen Primat der eigenen Position, zu einer wichtigen prozeduralen Grundbedingung von deliberativ-demokratischem Austausch geronnen (Habermas, 2009). Wenn einzelne Konflikte subjektiv dominieren, verlieren wechselnd überschnei-

dende Querschnittskonflikte („cross cutting cleavages“; Merkel, 2021, 10) ihren ausgleichenden Charakter. Diese sind für die Kompromissfähigkeit einer Gesellschaft deshalb so bedeutsam, da unterschiedliche Akteure sich wechselseitig als potenzielle Diskurskoalitionäre wahrnehmen. Sind Diskurskoalitionen hinreichend fluide, bleibt eine gewisse Zurückhaltung bestehen, dem bekannten Gegenüber vollends vor den Kopf zu stoßen. Stehen sich Menschen hingegen in übergeordneten festgefahrenen Konfliktlinien diametral gegenüber, erwächst die aus der Populismusforschung bekannte Freund-Feind-Dichotomie (Mudde, 2007).

Aus dieser bekannten Polarisierungsgefahr sollte jedoch nicht abgeleitet werden, dass Demokratie gesellschaftsübergreifend konsensuale Ergebnisse hervorbringen muss, sondern vielmehr, dass Prozesse und Abläufe gemäß Knight und Johnson (2011, 260) „einen effektiven Weg der Strukturierung von Bedingungen [...] persistenter Uneinigkeit“ konstituieren. Gewissermaßen muss die Chance, dass die eigene Position in Zukunft durchgesetzt werden könnte, über den Schmerz der Diskursniederlage hinwegtrösten. Müller nennt diesen friedlichen Rückzug aus einer Wahlniederlage die „loyale Rolle der Opposition“ (2021b, 88). Gemeint ist nicht die Loyalität gegenüber dem politischen Kontrahenten, sondern vielmehr die Loyalität gegenüber dem System und seinen Regeln, denen sich gerade die Opposition fügen muss. Die Qualität der Demokratie lässt sich folglich kaum an konkreten Ergebnissen messen, dafür aber an den zugrunde liegenden Institutionen und Abläufen (Przeworski, 2020; Merkel, 2021).

Wie solche strukturbildenden Verfahren auszusehen haben, darüber herrscht jedoch Uneinigkeit: „Denn hinter dem scheinbar überwältigenden Ausmaß an Zustimmung zur Demokratie bleibt die Anerkennung der Regeln des demokratischen Spiels erkennbar zurück“ (König, 2017, 23). Selbst unter denjenigen Befragten des European Social Survey (ESS), die Demokratie für „extrem wichtig“ halten, hegt ein Fünftel kein Interesse an einer pluralistischen Ausgestaltung des politischen Systems, was sich darin zeigt, dass anders geartete Meinungen grundsätzlich abgelehnt sowie die eigenen Positionen nicht hinterfragt werden. Diese Tendenz ist ansteigend, mit abnehmender Grundzustimmung zum demokratischen System (König, 2017).

Aktuelle Politikfelder mit antipluralistischen Prädispositionen

Häufig wird die antipluralistische Gefährdung in ihrer Wirkmächtigkeit auf die populistischen Ränder reduziert (König, 2017). Diese beanspruchen schließlich öffentlichkeitswirksam die Rolle des einzigen wahren Repräsentanten des Volkes und bringen sich vielerorts als Gegengewicht zur „loyalen Opposition“ (Müller, 2021b, 91) ins Spiel. Legitime Alternativpositionen sind in einer solchen Politikkonzeption schlicht nicht vorgesehen, wenn sich demokratische Repräsentanz auf einen Exklusivitätsanspruch zurückzieht (Akkerman et al., 2017). Die Forschungshypothese des vorliegenden Beitrags zielt auf die Frage ab, ob antipluralistische Einstellungen über die politischen Ränder hinaus verbreitet sind. Gerade die Einstellungsmuster von Menschen, die der Demokratie im Kern zuneigen und im Wesentlichen in den Elektoraten etablierter Parteien verankert sind (Bertelsmann Stiftung, 2021), gilt es demnach, auf ihre Pluralismus-Resilienz zu vermessen.

Vor allem die multiplen Krisen der vergangenen Jahre – „die Flüchtlings- und Migrationskrise, die [...] Klimakrise sowie die [...] Pandemiekrise“ (Merkel, 2021, 6 f.) – haben durchaus ihre Spuren hinterlassen und manifestieren sich in unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten und Milieus in Unzufriedenheit mit den Resultaten sowie den Prozessen der Politik. Der Auseinandersetzung über materielle Interessen, über die man „relativ emotionslos habe verhandeln können“ (Müller, 2021b), wurden so neue Konfliktlinien hinzugefügt, die entweder aufgrund ihrer identitätsbasierten Verankerung in der Migrationsfrage, den offensichtlichen Grundrechtskonflikten in der Pandemiebekämpfung oder dem drohenden Untergang aufgrund der „Klimakatastrophe“ eine besondere Anfälligkeit für moralisches Aufladen aufgewiesen haben (Merkel, 2021; Müller 2021b). Gemein haben die neuen Themenfelder, dass sie ihre politische Virulenz weniger über objektiv fassbare und verhandelbare Metriken, sondern sich vielmehr aus subjektiv wirksamen und hochemotionalen Narrativen heraus entwickeln.

Die gewohnte politische Arena steht folglich vor dem Problem, dass die Gruppe der kompromisslosen „Moralisten“ (Merkel, 2021, 9) themenspezifisch Zulauf erfährt und ihre Positionen versucht, wissenschaftlich begründet unangreifbar zu machen. Alternative Interpretationsmöglichkeiten eines Sachverhalts oder mögliche negative Auswirkungen auf andere Themenbereiche werden schlichtweg nicht akzeptiert. Die entsprechenden Protestbewegungen reüssieren dann weniger

aus ihrer inhaltlichen Positionierung heraus als vielmehr durch ihre „grundlegende Kritik an den Routinen und der Struktur sowohl politischer Entscheidungsfindung als auch an Institutionen, die gewissermaßen fürs «System» stehen“ (Nassehi, 2020, 29). Schließlich beschreibt Nassehi (2020, 36) Protest als „Nein-Stellungnahme, die sich in den institutionalisierten Formen des Umgangs mit dem Nein nicht wiederfindet – und [...] deshalb oftmals auch zu einem Nein gegenüber den Verfahren der Absorption beziehungsweise Berücksichtigung von Nein-Stellungnahmen im Institutionengerüst des Rechtsstaates, des politischen Systems oder auch anderer institutionalisierter Formen [mutiert]“. Die Dringlichkeit der eigenen, sich möglicherweise außerhalb des ‚Mainstream‘ befindenden Position verschleiert dann den Blick auf die Legitimität alternativer Standpunkte und Interpretationen. Im Resultat erwächst so aus inhaltlicher Kritik eine Enttäuschung von systemischem Ausmaß, aus der sich wiederum eine mit dem pluralistisch-deliberativen Demokratieideal schwerlich zu vereinbarende Kompromisslosigkeit der eigenen Position entwickelt.

Datengrundlage und empirisches Vorgehen

Zur empirischen Überprüfung dieser Hypothesen wird eine Befragung verwendet, bei der nach Bundesländern, Geschlecht, Alter und Bildungsstand gemäß Referenzdaten des Statistischen Bundesamtes quotiert wurde. Die Online-Befragung wurde im August und September 2020 durch das Marktforschungsunternehmen respondi im Auftrag der Ruhr-Universität Bochum (RUB) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Rahmen des Kooperationsprojekts „Ein neuer Gesellschaftsvertrag in Zeiten sozialer Fragmentierungen – Gestaltungsoptionen für das Ruhrgebiet“ für die Brost-Stiftung durchgeführt (für eine ausführliche Beschreibung der Datengrundlage siehe Schüler et al., 2021). Da das Projekt den regionalen Fokus auf dem Ruhrgebiet hat, wurden zwei voneinander unabhängige, jedoch inhaltsgleiche Umfragen für das Ruhrgebiet (1.017 Beobachtungen) und repräsentativ für Deutschland (1.099 Beobachtungen) erhoben. In dem folgenden Beitrag werden die Daten für Deutschland verwendet. Die empirische Analyse öffnet explorativ das Forschungsfeld, inwiefern antipluralistische Präferenzen in verschiedene Bevölkerungsschichten hineinreichen und inwiefern diese bei bestimmten Themenkomplexen mit der Akzeptanz einer Abkehr von den eingeübten institutionalisierten Prozessen in den Parlamenten einhergehen.

In einem ersten Schritt wird für die Themen soziale Ungleichheit, Klimawandel, Zuwanderung und Corona-Pandemie geprüft, inwieweit die Befragten folgender Aussage zustimmen: „Um [die soziale Ungleichheit in Deutschland / den Klimawandel / die Zuwanderung nach Deutschland / das Corona-Virus in Deutschland] in den Griff zu bekommen, sollte die Regierung weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird“. Diese Aussage wurde im Kontext längerer themenspezifischer Fragenblöcke platziert, im Rahmen derer sich die Einstellungen zu den einzelnen Themen analysieren lassen (Beckmann/Schönauer, 2020). Die bewusst zugespitzte Formulierung zielt darauf ab, zu prüfen, ob eine gewisse Demokratieungeduld für verschiedene Themenkomplexe vorherrscht oder ob sich diese einzig aus den wohlbekanntem Extrempositionen beim Immigrationsthema ergibt. In jedem Fall ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass sich aus einer Zustimmung zum „Übergehen“ des parlamentarischen Prozesses keine grundsätzliche Abkehr vom demokratischen System ableiten lässt. Vielmehr beschränkt sich die Analyse auf eine Ermüdung mit den demokratischen Strukturen und prüft, ob dem Einhalten der üblichen parlamentarischen Verfahren je nach Thema eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen wird. Weitere prozedurale Ebenen der Demokratie wie etwa Beteiligungsmöglichkeiten, Wahlen oder die deliberative Diskurskultur werden nicht näher betrachtet. In der weiteren Analyse werden jedoch Zusammenhänge zwischen den Präferenzen für ein „Übergehen“ des parlamentarischen Prozesses mit der Parteizuneigung der Befragten, deren themenspezifische Besorgnis sowie Fehleinschätzungen sozioökonomischer Kenngrößen und Skepsis gegenüber den Akteuren im öffentlichen Diskurs beleuchtet.

Multiple Polarisierungstreiber

Entsprechend der Krisenlogik der vergangenen Jahre hat die deutsche Gesellschaft immer wieder Phasen themenspezifischer Polarisierung durchlaufen. Aus den politischen Konflikten sind unterschiedliche Bewegungen hervorgegangen, die sich durch etablierte politische Parteien nur bedingt repräsentiert sehen. Schließlich wird zur effizienteren Erfüllung der eigenen Ziele eine Beschleunigung der politischen Prozesse gefordert: „Für Klimaaktivisten, Zero-Covid-Verfechter und wissenschaftsgerüstete Technokraten [...] scheint klar: Das Ergebnis steht a priori fest, die Verfahren müssen diesem nur angepasst werden“ (Merkel, 2021, 8). Mit Blick auf die Umweltbewegung Fridays for Future betont Merkel (2021, 8): „[...] es

ist nur die kompromissbelastete Politik, die die notwendige 1:1-Umsetzung wissenschaftlicher Forschung in politische Pläne kompromittiert“. Wie auch die radikalen Verfechter von Positionen in anderen Themengebieten wie Migration und Pandemiebekämpfung nehmen die Klimaaktivisten gemäß Merkel (2021, 8) nur ein politisches Problem wahr und vernachlässigen dabei die vielfältigen Folgewirkungen, etwa auf Freiheitsrechte, Arbeitsmarkt, wirtschaftliche Entwicklung oder vielfältige Verteilungsfragen.

Der obere Teil von Abbildung 1 zeigt zunächst, in welchen Themenbereichen zusätzliche Handlungsbedarfe gesehen werden. Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass in Deutschland zu wenig zur Verringerung der sozialen Ungleichheit getan wird – ein drängenderer Handlungsbedarf wird in keinem der anderen Themenfelder wahrgenommen. Zudem teilen gut 60 Prozent der Befragten die Einschätzung, dass beim Klimaschutz zu wenig getan wird. Rund die Hälfte der Befragten wünscht sich stärkere Maßnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung. Lediglich mit Blick auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie bewertete die Mehrheit der Befragten zumindest im Sommer 2020 die umgesetzten Politikmaßnahmen als genügend. Damit sind die Präferenzen bezüglich des zusätzlichen Handlungsbedarfs über die Politikfelder hinweg heterogen verteilt.

Der untere Teil von Abbildung 1 zeigt hingegen, dass der Wunsch nach weitreichenden Maßnahmen, die möglicherweise auch eine Abkehr vom üblichen parlamentarischen Prozess bedeuten, homogener über die vier abgefragten Themenbereiche ausgeprägt ist. Gerade mit Blick auf die Verringerung der sozialen Ungleichheit ergibt sich damit ein konträres Bild: Einerseits sind hier besonders stark ausgeprägte Präferenzen für zusätzliche Politikmaßnahmen sichtbar. Andererseits sprechen sich in diesem Themenbereich die wenigsten Befragten dafür aus, dass der übliche parlamentarische Prozess für etwaige Maßnahmen übergangen werden solle. Dies steht im Einklang mit der Vermutung, dass parlamentarische Verhandlungen über materielle Ressourcen als ein lang eingeübter und entsprechend verankerter Prozess wahrgenommen werden. Gleichwohl sprechen sich auch beim Themenkomplex soziale Ungleichheit 41 Prozent der Befragten eher oder voll und ganz dafür aus, weitreichende Maßnahmen zu treffen, auch wenn diese den parlamentarischen Prozess übergehen. Um die Zuwanderung nach Deutschland „in den Griff zu bekommen“, beläuft sich der entsprechende Anteil auf 45 Prozent; mit

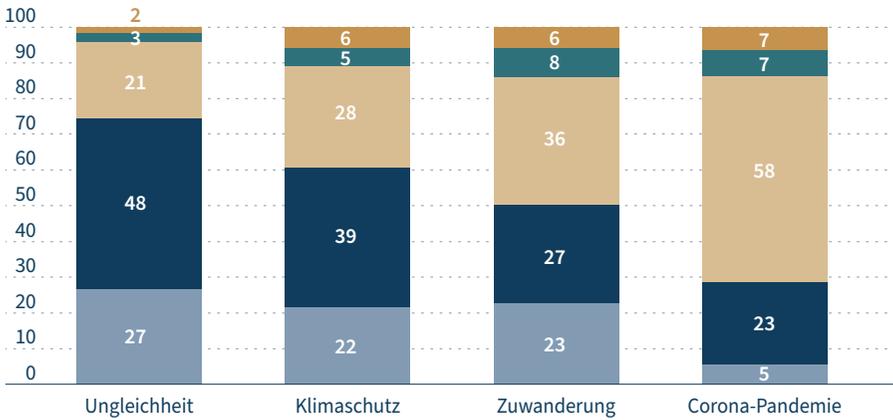
**Politische Handlungsbedarfe und ihre parlamentarische
 Verfahrensakzeptanz in Deutschland**

Abbildung 1

Anteile in Prozent

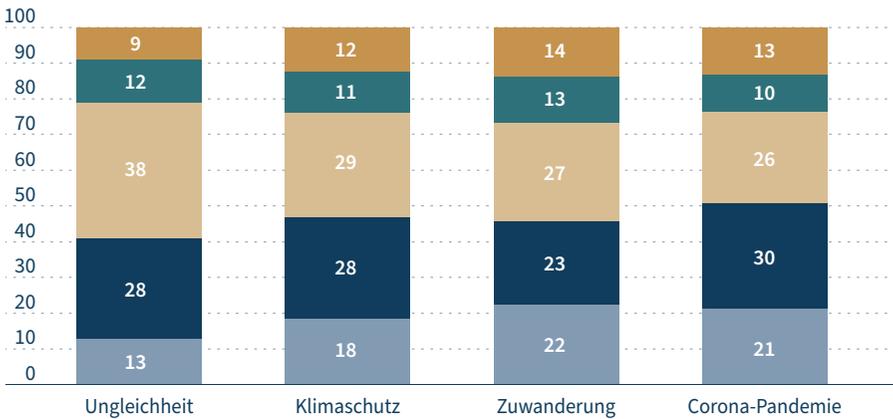
Handlungsbedarfe¹⁾

■ Viel zu wenig ■ Eher zu wenig ■ Genügend ■ Eher zu viel ■ Viel zu viel



Abkehr vom parlamentarischen Prozess²⁾

■ Stimme voll und ganz zu ■ Stimme eher zu ■ Teils/teils ■ Stimme eher nicht zu
 ■ Stimme überhaupt nicht zu



1) Zugrunde liegende Frage: „Sind Sie der Meinung, dass aktuell in Deutschland zu wenig, genügend oder zu viel zur Bekämpfung des Corona-Virus / für die Beschränkung der Zuwanderung / für den Schutz des Klimas / zur Verringerung der sozialen Ungleichheit getan wird?“ 2) Zustimmung oder Ablehnung zu der folgenden Aussage: „Um [die jeweilige Problemlage] in den Griff zu bekommen, sollte die Regierung weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird.“
 Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.
 Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/iQswoztA37rNyXG>

Blick auf den Klimawandel sind es 46 Prozent. Für die Bekämpfung der Corona-Pandemie akzeptiert sogar mehr als jeder zweite Befragte, dass für entsprechende Maßnahmen der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird. Dass die Mehrheit der Befragten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zum Zeitpunkt der Befragung für ausreichend hielt (Abbildung 1, oben), könnte darauf hindeuten, dass die Art und Weise, wie Maßnahmen beschlossen wurden, als Übergehen des parlamentarischen Prozesses gedeutet werden. Vor dem Hintergrund der vergleichsweise geringen Covid-19-Inzidenzen im Sommer 2020 könnte der Befund zudem implizieren, dass bei einer akuterer Virus-Situation ein Übergehen des Parlaments als legitim empfunden würde.

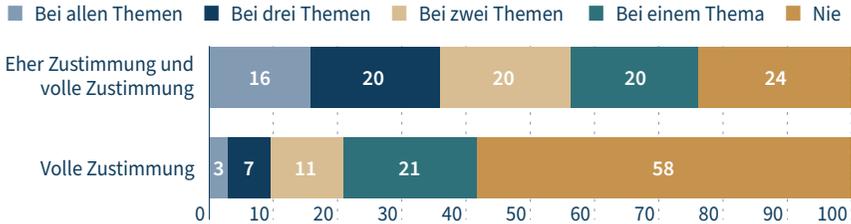
Ob eine solche Zustimmung zum Übergehen der eingeübten Prozesse angesichts der akuten Pandemie-Lage als Schwächung des Parlamentarismus oder als Sicherstellung der Handlungsfähigkeit im Katastrophenfall gewertet werden darf, bleibt jedoch offen. Einordnend anzumerken ist in jedem Fall, dass die Beschränkung der Parlamente im Gegensatz zur Darstellung in der öffentlichen Debatte keinesfalls eindeutig als Aushebeln der parlamentarischen Demokratie eingeordnet werden kann (Worschech, 2020; Kielmansegg, 2021). Einige prozedurale Innovationen ermöglichten zwischenzeitlich, Ausschusssitzungen im digitalen Raum stattfinden zu lassen. Vor allem die Landtage kamen in der Pandemiebekämpfung der ihnen rechtlich zugewiesenen Rolle als regionale Krisenmanager durchaus nach (Jennewein/Korte-Bernhardt, 2021). Selbst im Katastrophenfall hat der dem Parlamentarismus innewohnende diskursive Prozess seine Legitimation und kann komplexen Problemlagen selbst in Zeitnot gerecht werden. Im Ergebnis des parlamentarischen Prozesses kann letztlich auch das Beschließen einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ mit entsprechenden Kompetenzerweiterungen stehen.

Die Gruppen, die ein Übergehen des parlamentarischen Prozesses überhaupt nicht oder eher nicht akzeptieren, befinden sich in allen vier Themenbereichen in der deutlichen Minderheit. Selbst beim Thema Beschränkung der Zuwanderung, dem eine besondere Polarisierung zugeschrieben wird (Beckmann/Schönauer, 2020), sprechen sich lediglich 27 Prozent der Befragten explizit dagegen aus, den parlamentarischen Prozess zu übergehen. In den weiteren Politikfeldern fällt die Gruppe derjenigen, die besonders am parlamentarischen Prozess festhalten wollen, noch etwas geringer aus. Tatsächlich scheint sich damit hinter den hohen Zustim-

Abkehr vom parlamentarischen Prozess in Deutschland nach Anzahl der Konfliktthemen

Abbildung 2

Anteile in Prozent



Zustimmung zu der folgenden Aussage: „Um [die jeweilige Problemlage] in den Griff zu bekommen, sollte die Regierung weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird.“

Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/jNxBbcSoNE4JPA>

mungswerten zur Demokratie (s. hierzu Bertelsmann Stiftung, 2021) auch in Deutschland eine gewisse Verfahrensmüdigkeit zu verbergen. Bürger, die den üblichen parlamentarischen Prozess konsequent einhalten wollen, finden sich jedenfalls in allen untersuchten Themenkomplexen in der deutlichen Minderzahl.

Abbildung 2 stellt dar, ob die hier Befragten ein Übergehen des parlamentarischen Prozesses nur in einem Themengebiet oder zur Bewältigung von Problemlagen in unterschiedlichen Bereichen akzeptieren. Dazu werden die Antworten der eher und voll Zustimmenden aggregiert: Demnach spricht sich nur knapp ein Viertel der Befragten grundsätzlich nicht für ein Übergehen der institutionalisierten parlamentarischen Verfahren aus. Werden nur die Antworten für eine volle Zustimmung berücksichtigt, dann liegt der Anteil bei knapp 60 Prozent. Dagegen bekennen 16 Prozent der Bundesbürger ihre Ungeduld mit dem demokratischen Prozess in allen Themenfeldern und zeigen so eine übergeordnete prozessuale Enttäuschung mit den Parlamenten. Interessanterweise unterscheidet sich die durchschnittliche Demokratiezufriedenheit in dieser Gruppe kaum von den übrigen Befragten. Zudem signalisiert gleichermaßen jeweils ein Fünftel ihre Ermüdung in einem, zwei oder drei Themen.

Für die politische Kultur der parlamentarischen Demokratie ist der Befund auch ohne Abkippen in eine übergeordnete Demokratieunzufriedenheit alarmierend.

Die Deutschen zeigen sich themenspezifisch offenbar in hohem Maß unzufrieden mit den eingeübten Verfahren, die auf dem langwierigen Aussöhnen schwer zu vereinbarender Interessen basieren und so „das Immunsystem der Republik“ (Wefing, 2020, 3) konstituieren. Selbst wenn man explizit die Gruppe betrachtet, die ihre volle Zustimmung signalisiert, dann nehmen mehr als 40 Prozent der Bundesbürger in Kauf, die üblichen Verfahren in mindestens einem Themenkomplex zu beschleunigen. In diesen Extrempositionen gibt es jedoch wenige Bürger, die dies in mehreren (21 Prozent) oder sogar allen (3 Prozent) Problemlagen fordern. Die höchste Akzeptanz für ein Aussetzen der parlamentarischen Verfahren stellt sich dabei für die Themenpaare Corona-Pandemie und Zuwanderung sowie soziale Ungleichheit und Zuwanderung ein. Besonders selten wird die Kombination aus Corona-Pandemie und sozialer Ungleichheit sowie Klimawandel und Zuwanderung genannt. Damit deuten die Befunde darauf hin, dass die untersuchten Themenfelder weitestgehend jeweils sich überschneidende Querschnittskonflikte darstellen, bei denen sich variable Subgruppen in wechselseitiger Frontstellung gegenüberstehen. So gibt es Befragte, die im Politikfeld Zuwanderung eine Diskurskoalition bilden, sich aber in Fragen der sozialen Ungleichheit oder der Pandemie-Bekämpfung gegenüberstehen.

Demokratieermüdung nach Parteipräferenz

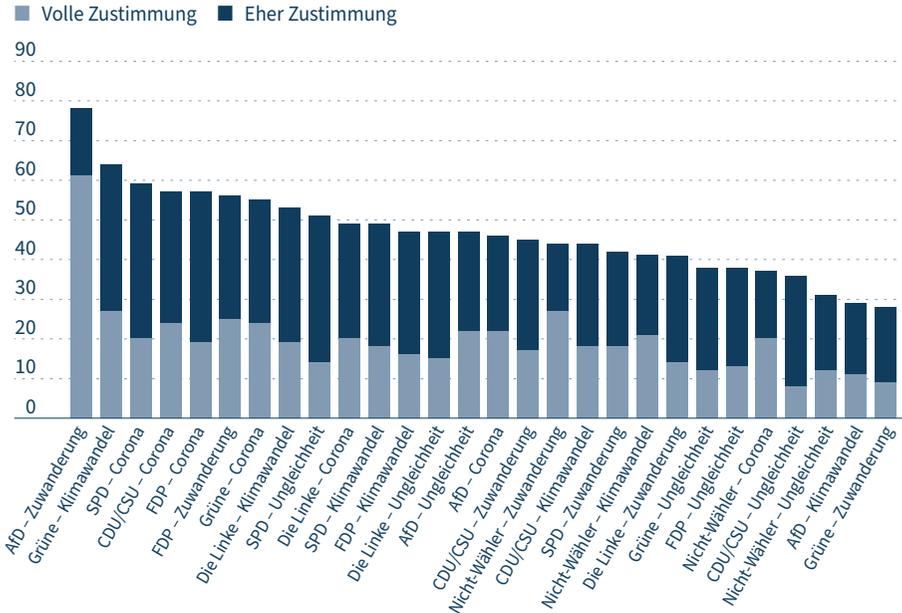
Im europäischen Vergleich zeichnet sich Deutschland durch eine deutlich überproportionale Zufriedenheit mit der Funktion der Demokratie aus. In einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung (2021) zeigen sich hierzulande mit 70 Prozent der Befragten rund 10 Prozentpunkte mehr zufrieden mit der Demokratie als im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Unter den etablierten Parteien weisen traditionell die Linken die niedrigste (65 Prozent) und die Sozialdemokraten, Konservativen und Grünen die höchste Demokratiezufriedenheit auf (85 bis 88 Prozent). Einen Ausreißer stellen die besonders unzufriedenen Anhänger der rechtspopulistischen AfD dar, von denen lediglich jeder Vierte Zufriedenheit mit der Funktion der Demokratie ausdrückt.

Die klaren Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit spiegeln sich in entsprechender Rangfolge auch in den hier vorliegenden Befragungsdaten. Die hohe Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie unter den Anhängern der AfD wird zudem deutlich in der Frage reflektiert, ob ein Übergehen des parlamen-

Abkehr vom parlamentarischen Prozess in Deutschland nach Parteipräferenzen und Thema

Abbildung 3

Anteile in Prozent



Zustimmung zu der folgenden Aussage / Frage: „Um [die jeweilige Problemlage] in den Griff zu bekommen, sollte die Regierung weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird.“ und „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“
Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.
Die Ergebnisse für FDP basieren nur auf 32 Antworten, die für Nicht wählen auf 49 Antworten.
Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/fSsjnnnJSa9xJMb>

tarischen Prozesses akzeptiert wird, um die Zuwanderung nach Deutschland in den Griff zu bekommen (Abbildung 3). 61 Prozent der AfD-Anhänger stimmen der Frage voll zu, weitere 17 Prozent stimmen eher zu. In allen vier Themen lassen sich vergleichbare Ausschläge nicht beobachten. Wenn auch mit merklichem Abstand, so folgen in der Rangfolge der Demokratieungeduldigen auf Platz zwei die Anhänger der Grünen, unter denen immerhin 27 Prozent voll zustimmen sowie 37 Prozent eher zustimmen, den parlamentarischen Prozess zur Seite zu schieben, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Anhänger der FDP zeigen eine besondere Unzufriedenheit mit den parlamentarischen Abläufen in der Zuwanderungspolitik: Ein Viertel der liberalen Parteianhänger stimmt voll zu, weitere 31 Prozent stimmen eher zu, die Abläufe im Parlament in diesem Politikbereich potenziell auszuhebeln.

Dieser Befund steht allerdings unter dem Vorbehalt einer vergleichsweise geringen Beobachtungszahl.

Mit Ausnahme der Anhänger der AfD besteht weitgehende Übereinstimmung in der Bewertung der Umgehung der parlamentarischen Verfahren hinsichtlich der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die Spannweite der Befragten, die hier voll und eher zustimmen, liegt zwischen 55 und 59 Prozent. Bei den AfD-Anhängern ist der Zustimmungswert um rund 10 Prozentpunkte niedriger. Die geringste Ungeduld zeigt sich über die Parteigrenzen hinweg im Themenkomplex soziale Ungleichheit. Lediglich Anhänger der SPD würden in diesem Themenfeld mit knapper Mehrheit ein Übergehen des parlamentarischen Prozesses akzeptieren; Anhänger der Linken und der AfD folgen mit jeweils 47 Prozent Zustimmung.

Die Vermutung liegt nahe, dass Menschen gerade in solchen Themengebieten gewillt sind, den parlamentarischen Prozess zu beschleunigen, in denen sie sich besonders große Sorgen machen. Tatsächlich zeigt sich in den Politikfeldern Zuwanderung und Klimawandel eine entsprechende Korrelation: So geben Anhänger der Grünen die geringsten Sorgen um Zuwanderung an und haben gleichzeitig das geringste Interesse, den parlamentarischen Prozess in dieser Frage aushebeln zu wollen. Im Gegenteil, knapp die Hälfte der Grünen-Anhänger spricht sich explizit dagegen aus – deutlich mehr als unter allen übrigen Parteianhängern (unter den Anhängern von SPD und Linken sind es knapp 30 Prozent). Gleiches gilt für Anhänger der AfD mit Blick auf den Klimawandel: 42 Prozent stimmen eher nicht oder überhaupt nicht zu, in puncto Klimaschutz weitreichende Maßnahmen zu ergreifen, auch wenn hierdurch übliche parlamentarische Verfahren übergangen werden. Unter den Anhängern der CDU und der FDP sprechen sich bei dieser Frage lediglich 25 Prozent gegen eine Umgehung des Parlaments aus. Mit Blick auf den Themenkomplex Corona-Pandemie werden hingegen keine eindeutigen Zusammenhänge sichtbar. Entgegen der lautstarken Kritik vonseiten der AfD an den ergriffenen Corona-Schutzmaßnahmen zeigte sich im Spätsommer 2020 selbst unter den AfD-Anhängern zwar eine deutlich geringere Besorgnis dem Thema gegenüber, aber gleichzeitig keine klar unterdurchschnittliche Zustimmung zum möglichen Übergehen des parlamentarischen Prozesses.

Skepsis gegenüber Akteuren im öffentlichen Diskurs

Auch wenn die Ungeduld mit den demokratischen Verfahren nicht in einer generellen Demokratiemüdigkeit resultiert, bleibt an dieser Stelle offen, inwieweit mit der Skepsis gegenüber den Parlamenten auch ein Misstrauen gegenüber weiteren Akteuren des öffentlichen Diskurses einhergeht. Um dies näher zu beleuchten, wird zum einen die Zustimmung zu Aussagen herangezogen, die in verschiedenen Studien als Indikatoren von Verschwörungsmentalität gewertet werden (Zick et al., 2019). Zum anderen werden zu den Themenbereichen Corona-Pandemie, Ungleichheit und Zuwanderung weitere Aussagen konstruiert, die das Vertrauen der Bundesbürger in die Unabhängigkeit und Neutralität der themenspezifischen Berichterstattung abfragen.

Abbildung 4 zeigt, dass keine der konstruiert kritischen Aussagen eine mehrheitliche Zustimmung in der deutschen Bevölkerung erfährt. Nichtsdestotrotz muss eingeräumt werden, dass eine signifikant große Gruppe den politischen und medialen

Skepsis gegenüber öffentlicher Berichterstattung in Deutschland

Abbildung 4

Anteile in Prozent

■ Eher Zustimmung ■ Volle Zustimmung

Das Bildungsniveau von Migrantinnen und Migranten wird bewusst zu positiv dargestellt, um die Zustimmung zur **Zuwanderung** zu beeinflussen.

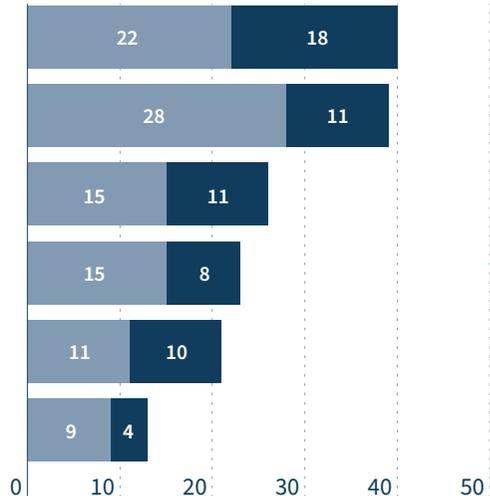
Über das wahre Ausmaß sozialer **Ungleichheit** wird nicht berichtet, um die Wirtschaft zu schützen.

Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.

Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Politik und Medien übertreiben bewusst die Gefährlichkeit des **Corona-Virus**, um die Öffentlichkeit zu täuschen.

Studien, die einen **Klimawandel** belegen, sind meist gefälscht.



Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland. Anteil an validen Antworten.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/kyMB3YTgxpPJtMY>

Akteuren skeptisch gegenübersteht: So stimmt etwa rund ein Viertel der Befragten eher oder voll und ganz den Aussagen zu „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“ und „Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke“.

Differenzierter stellt sich die Zustimmung zu den konstruierten Aussagen in den unterschiedlichen Politikfeldern dar. So stimmen insgesamt jeweils vier von zehn Befragten den Aussagen zu, „Das Bildungsniveau von Migrantinnen und Migranten wird bewusst zu positiv dargestellt, um die Zustimmung zur Zuwanderung zu beeinflussen“ sowie „Über das wahre Ausmaß sozialer Ungleichheit wird nicht berichtet, um die Wirtschaft zu schützen“. In den Themenfeldern Zuwanderung und Ungleichheit zeigen sich die Bundesbürger mit Blick auf Offenheit und Transparenz des öffentlichen Diskurses demnach besonders kritisch. Demgegenüber stimmen lediglich 21 Prozent der Befragten der Behauptung zu, „Politik und Medien übertreiben bewusst die Gefährlichkeit des Corona-Virus, um die Öffentlichkeit zu täuschen“. Die Zustimmung zu der Aussage, „Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht“, fällt mit 13 Prozent erkennbar niedrig aus. Aufgrund der qualitativen Unterschiede in den Formulierungen der Aussagen lässt sich das Antwortverhalten nicht themenspezifisch vergleichbar interpretieren. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass mit Blick auf den öffentlichen Diskurs bei bestimmten Themen ein hohes Maß an Skepsis gegenüber den politischen und den medialen Akteuren vorherrscht. Die qualitativen Unterschiede zwischen den Aussagen erschweren vergleichende Ableitungen für alle Themenkomplexe. Zumindest mit Blick auf die kritische Aussage zum Bildungsniveau von Zugewanderten lässt sich jedoch ein deutlicher Zusammenhang zum Übergehen des parlamentarischen Prozesses feststellen. Menschen, die der Aussage eher zustimmen, empfinden eine besondere Verfahrensgeduld im Politikfeld Zuwanderung.

Die Auswertung der Zustimmung zu den verschiedenen Aussagen nach Parteipräferenz ergibt, dass besonders AfD-Anhänger glauben, der öffentliche Diskurs würde im Geheimen durch Diskurskoalitionen aus Politik, Medien und der Wirtschaft beeinflusst. Auch die Aussage zur verzerrten Darstellung der sozialen Ungleichheit wird von den AfD-Anhängern etwas stärker befürwortet als unter den Anhängern der Linken. Aber auch unter den Anhängern der Linken stimmt eine knappe Mehrheit dieser Aussage eher zu, allerdings stimmen nur knapp 11 Prozent voll und

ganz zu. Obwohl beinahe die Hälfte der AfD-Anhänger der Meinung ist, es müssten weitreichende Maßnahmen getroffen werden, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen, vermutet die Mehrheit, dass die Gefährlichkeit des Corona-Virus übertrieben werde. Rund die Hälfte der FDP-Anhänger stimmt der kritischen Aussage bezüglich des Bildungsniveaus von Zuwanderern zu (wobei hier nur 18 Beobachtungen in der Umfrage zugrunde liegen) sowie jeweils etwas mehr als 40 Prozent unter denjenigen, die angeben, nicht wählen zu wollen, sowie unter den Anhängern der Linken. Unter den Anhängern der etablierten Parteien (mit Ausnahme der AfD) stimmen jeweils nur sehr wenige Befragte den Aussagen zu den gefälschten Studien zum Klimawandel und zur Übertreibung der Gefährlichkeit des Corona-Virus zu.

Determinanten der Verfahrensungeduld

Abschließend wendet sich die Analyse möglichen Erklärungsfaktoren zu, die auf die Bereitschaft einwirken, voll und ganz zuzustimmen, den üblichen parlamentarischen Prozess in bestimmten Politikfeldern zu übergehen (Tabelle). Neben sozioökonomischen Charakteristika wird besonders untersucht, inwiefern Unterschiede in der Wahrnehmung sozioökonomischer Kenngrößen einen Erklärungsbeitrag für die Ungeduld mit den parlamentarischen Prozessen leisten können. Bislang haben empirische Analysen gezeigt, dass eine pessimistische Wahrnehmung des Arbeitsmarktes und der Armutgefährdung sowie sehr negative Einschätzungen bezüglich der Kriminalitätsentwicklung mit der Zustimmung zu Rechtspopulismus, Demokratieunzufriedenheit sowie Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit einhergehen können (Diermeier/Niehues, 2019; Niehues et al., 2021).

Die Regressionsergebnisse zum Einfluss der sozioökonomischen Charakteristika bedürfen einer differenzierten Betrachtung. Zum einen nehmen Befragte mit einem gehobenen Bildungsabschluss statistisch signifikant seltener das Übergehen üblicher parlamentarischer Prozesse in Kauf, um politische Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Zum anderen zeigt sich kein entsprechender Einfluss, wenn alternativ der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und subjektiv empfundenen Handlungsbedarfen betrachtet wird. Möglicherweise deuten die Unterschiede in den Befunden darauf hin, dass ein höherer schulischer Bildungsstand mit einem größeren Verständnis für komplexe parlamentarische Prozesse einhergeht, selbst wenn bei einem Thema ein starker Handlungsbedarf empfunden wird.

In den Themenfeldern Klimawandel und Ungleichheit steigt die Wahrscheinlichkeit, Ungeduld mit dem parlamentarischen Prozess zu verspüren mit sinkendem Einkommen. Wird alternativ der Einfluss auf den subjektiven Handlungsbedarf beleuchtet (s. Abbildung 1), verschwindet der Einkommenseffekt, wenn es um die Einschätzung der Maßnahmen im Bereich Klimaschutz geht. Demgegenüber weisen Menschen mit geringeren Einkommen eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf, im Bereich soziale Ungleichheit Handlungsbedarfe wahrzunehmen. Im Politikfeld Zuwanderung ergibt die Regression hingegen kaum Differenzierung nach sozialer Schicht oder dem Einkommen. Während das Alter bei den anderen Themengebieten keinen Einfluss hat, stimmen beim Zuwanderungsthema Ältere eher zu, dass subjektiv als erforderlich empfundene Maßnahmen im Zweifel auch über den parlamentarischen Prozess hinweg durchgesetzt werden sollten.

Mit Blick auf den Einfluss der subjektiven Einschätzungen der sozioökonomischen Situation zeigen die Regressionsergebnisse, dass eine pessimistischere Wahrnehmung der Arbeitslosen- und Armutsgefährdungsquote mit einer größeren Wahrscheinlichkeit einhergeht, ein Übergehen des parlamentarischen Prozesses bei den Themen Zuwanderung und Ungleichheit in Kauf zu nehmen (in der Regression repräsentiert durch einen Dummy für die Teilgruppe mit starken Fehleinschätzungen, vgl. Niehues et al., 2021). Die Wahrnehmung der Arbeitsmarktlage hängt besonders stark mit den Einschätzungen im Themengebiet Zuwanderung zusammen; die Wahrnehmung der Armutssituation besonders stark mit den Einschätzungen zur Ungleichheit. Weiterhin geht ein empfundener Anstieg der Kriminalität während der letzten Jahre – auch wenn empirische Kennziffern der Kriminalitätsstatistik für die letzten Jahre eine eher positive Entwicklung beschreiben – mit einer besonders starken Verfahrensgeduld beim Thema Zuwanderung einher. Ebenso hängt die Wahrnehmung stark steigender CO₂-Emissionen – obwohl diese in Deutschland zuletzt leicht rückläufig waren – mit einer stärkeren Verfahrensgeduld in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen zusammen.

Zudem heben die Schätzergebnisse in der Tabelle hervor, dass die Einschätzungen zum parlamentarischen Prozess nicht systematisch mit einer Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie einhergehen – mit interessanter Differenzierung nach Themengebieten. Bei den Themen Corona-Pandemie und Ungleichheit liebäugeln prinzipiell demokratiezufriedene Befragte mit dem Übergehen des parla-

Erklärungsfaktoren für die Abkehr vom parlamentarischen Prozess

Tabelle

Werte einer Logit-Regression (Ergebnisse in Log-Odds/Logits), Wert 1 = volle Zustimmung, den üblichen parlamentarischen Prozess in Deutschland zu übergehen¹⁾

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
	Corona-Pandemie	Zuwanderung	Klimaschutz	Ungleichheit	Mindestens ein Thema
Zugehörigkeit Teilgruppe mit starken Fehleinschätzungen ²⁾	0,190 (0,162)	0,355** (0,169)	-0,001 (0,176)	0,452** (0,204)	0,228 (0,141)
Einschätzung: CO2 ist stark gestiegen.	-0,060 (0,230)	-0,388 (0,258)	0,665*** (0,210)	0,145 (0,266)	0,251 (0,191)
Einschätzung: Kriminalität ist stark gestiegen.	0,746*** (0,188)	1,466*** (0,194)	0,268 (0,211)	0,524** (0,216)	1,212*** (0,180)
Referenz: männlich					
Weiblich	0,048 (0,157)	0,094 (0,169)	-0,041 (0,166)	-0,165 (0,194)	0,051 (0,136)
Alter	0,039 (0,030)	0,110*** (0,034)	0,045 (0,032)	0,049 (0,039)	0,069*** (0,027)
Quadriertes Alter	-0,000 (0,039)	-0,001*** (0,110)	-0,001 (0,045)	-0,000 (0,049)	-0,001*** (0,069)
Referenz: (noch) kein Abschluss / Haupt- oder Volksschulabschluss					
Mittlere Reife	-0,129 (0,184)	-0,174 (0,195)	-0,146 (0,196)	-0,187 (0,219)	-0,183 (0,162)
(Fach-)Hochschulreife	-0,421* (0,220)	-0,667*** (0,230)	-0,470** (0,232)	-0,535* (0,282)	-0,602*** (0,185)
Referenz: Mittelschicht					
Unterschicht	0,218 (0,281)	0,192 (0,308)	0,544* (0,286)	0,801** (0,319)	0,367 (0,260)
Arbeiterschicht	-0,288 (0,189)	0,191 (0,189)	-0,037 (0,192)	0,258 (0,229)	-0,016 (0,158)
Obere Mittelschicht / Oberschicht	-0,180 (0,335)	0,195 (0,364)	0,464 (0,309)	0,069 (0,492)	0,351 (0,273)
Referenz: kein Bezug Arbeitslosengeld / Grundsicherung					
Bezug Grundsicherung	0,258 (0,253)	-0,523* (0,315)	-0,265 (0,274)	-0,244 (0,298)	-0,357 (0,245)
Einkommen ³⁾	-0,182 (0,126)	-0,025 (0,132)	-0,291** (-0,131)	-0,314** (0,130)	-0,272** (0,117)
Demokratiezufriedenheit	0,049* (0,029)	-0,120*** (0,030)	0,086*** (0,032)	-0,081** (0,036)	-0,055** (0,025)
Konstante	-1,387 (1,136)	-3,254*** (1,238)	-0,824 (1,173)	-0,647 (1,302)	0,365 (0,988)
Beobachtungen	1.096	1.096	1.096	1.096	1.096
Pseudo R-Quadrat	0,0423	0,1530	0,0392	0,0924	0,0887

1) 1 = volle Zustimmung, weitreichende Maßnahmen im jeweiligen Themenbereich zu ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird; 0 = sonstige; werden in der abhängigen Variablen auch diejenigen berücksichtigt, die eher zustimmen, bleiben die Ergebnisse qualitativ sehr ähnlich. 2) Entspricht dem Cluster mit starken Fehleinschätzungen gemäß Niehues et al., 2021. 3) Das Äquivalenzeinkommen (bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen) wird über die Annahme einer zufälligen Verteilung der Befragten in 13 Einkommensklassen approximiert; robuste Standardfehler in Klammern; *** p < 0,01, ** p < 0,05, * p < 0,1.

Basis: 1.099 Beobachtungen einer Befragung im August/September 2020 in Deutschland.

Quellen: Ruhr-Universität Bochum; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/56s7om4LpJMEoro>

mentarischen Prozesses; bei den Themen Zuwanderung und Ungleichheit sind es eher diejenigen, die eine (grundsätzliche) Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland empfinden.

Weitere Schätzungen deuten darauf hin, dass Menschen eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, einem Übergehen des parlamentarischen Prozesses zuzustimmen, die stärker autoritäre Einstellungsmuster aufweisen. Dies gilt etwa, wenn die Meinungen vorherrschen: Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden, Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind oder es bräuchte starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können. Der eindeutig positive Zusammenhang zwischen Zustimmung zu autoritären Aussagen und Prozessmüdigkeit zeigt sich in allen Politikfeldern. Zwar weisen Befürworter von Maßnahmen zur Zuwanderungsbeschränkung deutlich häufiger autoritäre Einstellungsmuster auf. Aber auch unter den Anhängern weitreichender Maßnahmen in der Klimaschutzpolitik steigt die Akzeptanz zum Übergehen des parlamentarischen Prozesses mit autoritären Einstellungsmustern. Wird hingegen der subjektive Handlungsbedarf untersucht, ergibt sich in den Themenfeldern Klimaschutz und Ungleichheit der umgekehrte Effekt: Je stärker die Tendenz zu autoritären Einstellungsmustern, desto seltener herrscht die Meinung vor, zum Schutz des Klimas oder zur Verringerung der Ungleichheit würde zu wenig getan. Ähnlich wie bei der Schulbildung zeigt sich somit ein weiterer Faktor, der – zumindest in bestimmten Themenbereichen – zwischen zwei Gruppen differenziert: denjenigen, die starken Handlungsbedarf in einem Themenbereich sehen, hierfür aber nicht bereit sind, den üblichen parlamentarischen Prozess zu übergehen, und denjenigen, die bereit sind, ein Übergehen des Prozesses zur Bewältigung der Herausforderungen in Kauf zu nehmen.

Fazit

Umfragen belegen eine hohe grundsätzliche Zustimmung zur Funktionsfähigkeit der Demokratie in Deutschland (Bertelsmann Stiftung, 2021). Unter dieser Oberfläche läuft die deutsche Parteiendemokratie mit einer zunehmenden themenspezifischen Zerfaserung jedoch Gefahr, dass eingeübte Prozesse zum Interessenausgleich beschädigt werden. Nichtsdestotrotz zeigt die vorliegende empirische Analyse, dass – mit Ausnahme der Pandemie-Bekämpfung – sich selbst in den als drängendsten empfundenen Politikfeldern keine Mehrheiten finden, den üblichen

parlamentarischen Prozess zu übergehen. In dieser Hinsicht erweist sich die Demokratie besonders mit Blick auf das Themenfeld soziale Ungleichheit als resilient: Von den rund drei Vierteln der Bundesbürger, die der Meinung sind, es würde zu wenig zur Verringerung der sozialen Ungleichheit getan, spricht sich weniger als die Hälfte dafür aus, für entsprechende Maßnahmen auch den parlamentarischen Prozess zu übergehen. Zwar sehen zum Zeitpunkt der Befragung etwas weniger Menschen Handlungsbedarf in den Themenfeldern Klimaschutz und Zuwanderung. Von denjenigen, die in diesen Themenfeldern Handlungsbedarf sehen, stimmen jedoch rund drei von fünf Personen zu, die Regierung sollte weitreichende Maßnahmen ergreifen, auch wenn dadurch der übliche parlamentarische Prozess übergangen wird. Angesichts des bereits vielfach empirisch dargelegten auffälligen Demokratie(un)verständnisses und der vorherrschenden Sorgen um Zuwanderung unter AfD-Anhängern, erstaunt es kaum, dass in dieser Gruppe die stärkste Verfahrensmüdigkeit mit Blick auf das Politikfeld Zuwanderung besteht. Gefolgt werden die Demokratieunzufriedenen von den Anhängern der Grünen, die den parlamentarischen Prozess in der Klimafrage, die dieser Gruppe wiederum die schwerwiegendsten Sorgen bereitet, übergehen möchten.

Mittels Regressionsschätzungen lässt sich zeigen, dass vor allem Befragte mit geringerem Bildungsniveau, mit autoritären Einstellungsmustern sowie mit auffällig pessimistischen Einschätzungen ein Übergehen des parlamentarischen Prozesses akzeptieren. Wer den leicht gesunkenen CO₂-Ausstoß Deutschlands in den vergangenen Jahren als gestiegen einschätzt, zeigt sich eher verfahrensmüde im Politikfeld Klimawandel. Gleiches gilt für die Einschätzungen zur Kriminalität mit Blick auf den parlamentarischen Prozess zur Zuwanderung. Zudem nimmt die Akzeptanz der ausgleichenden Verfahren grundsätzlich mit der subjektiven Problemwahrnehmung ab. Zwar signalisiert nur eine kleine Minderheit ihre Zustimmung zu einem potenziellen Übergehen der Parlamente in allen hier untersuchten Politikfeldern. Die Ungeduld mit der Politik wird dafür in einzelnen Themen umso deutlicher. Hieraus kann eine gefährliche dichotome Freund-Feind-Logik erwachsen, wenn große Bevölkerungsanteile es nicht für nötig erachten, sich ausreichend Zeit für die Problemabwägung und die Argumente der Gegenseite zu nehmen. Eine weitergehende Polarisierung könnte die demokratischen Strukturen über die prozedurale Unzufriedenheit hinaus destabilisieren. In dieser Hinsicht sind auch die Forderungen nach einem Ausstatten von Ministerien mit besonderen

Veto-Rechten zu hinterfragen, könnten diese ein antipluralistisches Politikverständnis doch gerade bestärken.

Mit Blick auf die teils harsche Kritik des Demos an der Demokratie bleibt nicht zuletzt hervorzuheben, dass auch die Wähler in der Pflicht stehen, sich mit den jeweiligen Problemlagen auseinanderzusetzen (Flinders, 2012). Wie bereits gezeigt werden konnte, kristallisiert sich das schwache Faktenwissen als potenzieller demokratischer Stolperstein heraus (Diermeier/Niehues, 2019; Blesse et al., 2021; Niehues et al., 2021). Als Ermutigung darf daher verstanden werden, dass eine bessere Bildung als Schutzschild gegen die antipluralistischen Verführungen etabliert werden kann.

Der Beitrag ist Teil des von der Brost-Stiftung geförderten Projekts „Ein neuer Gesellschaftsvertrag in Zeiten sozialer Fragmentierungen – Gestaltungsoptionen für das Ruhrgebiet“.

Literatur

Akkerman, Agnes / Zaslove, Andrej / Spruyt, Bram, 2017, 'We the People' or 'We the Peoples'? A Comparison of Support for the Populist Radical Right and Populist Radical Left in the Netherlands, in: *Swiss Political Science Review*, 23. Jg., Nr. 4, S. 377–403

Beckmann, Fabian / Schönauer, Anna-Lena, 2021, Spaltet Corona die Gesellschaft? Eine empirische Milieuanalyse pandemiebezogener Einstellungen, in: Blättel-Mink, Birgit, *Gesellschaft unter Spannung: Der Verhandlungsband des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 14.-24. September 2020*, o. O.

Bertelsmann Stiftung, 2021, *Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union*, Gütersloh

Blesse, Sebastian / Heinemann, Friedrich / Krieger, Tommy, 2021, Informationsdefizite als Hindernis rationaler Wirtschaftspolitik: Ausmass, Ursachen und Gegenstrategien, Eine Studie mit Unterstützung der Brigitte Strube Stiftung, https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/InformationsdefizitealsHindernisrationalerWirtschaftspolitik_2021.pdf [8.8.2021]

Dahrendorf, Ralf, 1965, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2019, Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit, in: *IW-Trends*, 46. Jg., Nr. 2, S. 23–42

Flinders, Matthew, 2012, *Defending politics: Why democracy matters in the twenty-first century*, Oxford

Habermas, Jürgen, 2009, *Zwischen Naturalismus und Religion: Philosophische Aufsätze*, Frankfurt am Main

Jennewein, Julia / Korte-Bernhardt, Simone, 2021, Parlamentarismus in Ausnahmezeiten: Landesparlamente gestalten die Krise mit, in: Florack, Martin / Korte, Karl-Rudolf / Schwanholz, Julia, *Coronakratie: Demokratisches Regieren im Ausnahmezustand*, Frankfurt am Main, S. 99–110

Kielmansegg, Peter Graf von, 2021, Belagerte Demokratie: Legitimität in unsicheren Zeiten, in: Florack, Martin / Korte, Karl-Rudolf / Schwanholz, Julia, *Coronakratie, Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*, Frankfurt am Main, S. 43–50

Knight, Jack / Johnson, James, 2011, *The priority of democracy: political consequences of pragmatism*, Princeton

König, Pascal D., 2017, Von Demokraten und Populisten – Eine Analyse der Verbreitung unterschiedlicher Erwartungen an die Demokratie in Deutschland, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27. Jg., Nr. 2, S. 1–28

Marchart, Oliver, 2013, *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*, Berlin

Merkel, Wolfgang, 2021, Wissenschaft, Moralisation und die Demokratie im 21. Jahrhundert, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71. Jg., Nr. 26-27, S. 4–11

Mudde, Cas, 2007, *Populist Radical Right Parties in Europe*, New York

Müller, Jan-Werner, 2021a, *Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit, Wie schafft man Demokratie*, Berlin

Müller, Jan-Werner, 2021b, Freiheit, Gleichheit, Zusammenhalt – oder: Gefährdet "Identitätspolitik" die liberale Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 71. Jg., Nr. 26–27, S. 12–17

Nassehi, Armin, 2020, Das Große Nein: Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests, Hamburg

Niehues, Judith / Schüler, Ruth Maria / Thissen, Jana, 2021, Selektiver Medienkonsum und sozioökonomisches Unwissen: Ein Katalysator für Unzufriedenheit?, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 2, S. 23–44

Pausch, Markus, 2020, Polarisation in Pluralist Democracies. Considerations about a Complex Phenomenon, Paris

Przeworski, Adam, 2020, Krisen der Demokratie, Berlin

Schüler, Ruth Maria / Niehues, Judith / Diermeier, Matthias, 2021, Politisches Informationsverhalten: Gespräche und traditionelle Medien liegen vorn, IW-Report, Nr. 2, Köln

Wefing, Heinrich, 2020, Geben wir den Rechtsstaat zu schnell auf, in: Die Zeit, 26.3.2020, Nr. 14, S. 3

Worschech, Susann, 2020, Zwischen Zwangspause und Aufblühen: Zivilgesellschaftliches Handeln und demokratische Resilienz in der Pandemie, in: Stegbauer, Christian / Clemens, Iris, Corona-Netzwerke – Gesellschaft im Zeichen des Virus, Wiesbaden, S. 233–242

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm, 2019, Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Democratic Resilience in Germany? Acceptance of Parliamentary Procedures in the Light of Individual Problem Perception

A lively democracy thrives on the struggle between different interest groups for majority opinion on specific issues. Though the institutionalised process of balancing interests and hearing opposing points of view takes time, acceptance of these parliamentary procedures is essential for the functioning of our pluralistic democracy. We therefore conducted a nationwide survey to investigate popular tendencies to accept the bypassing of the usual legislative process in order to meet the perceived need for action on four issues: the Corona pandemic, immigration, climate protection and social inequality. Overall, more than half the population are eager to see far-reaching measures implemented on at least one of these issues, even if it means bypassing the normal parliamentary procedures. There is considerable understanding among supporters of all parties for circumventing the full legislative process to combat the Corona pandemic. Of those favouring the AfD, Germany's most right-wing popular party, 78 per cent express impatience with due process in matters of immigration, while 65 per cent of those identifying with the ecologically oriented Green Party would accept parliamentary corner-cutting in order to tackle climate change. The long-established discourse on social inequality, on the other hand, is characterised by a certain resistance to such impatience: while three-quarters of the population see a need for action here, less than half of this group is in favour of skipping the legislative formalities to achieve it. While a very pessimistic perception of socio-economic conditions increases the likelihood of democracy fatigue, a rejection of authoritarian attitudes and a better level of education can have the opposite effect.